

**“Zur Relevanz nationalen Regierens in einer
independenten Welt”**

Vortrag von

Jacques SANTER

anlässlich

der Konferenz der Bertelsmann Stiftung

« Nachhaltiges Regieren in der OECD »

am 27. Februar 2009 in der Berliner Repräsentanz der
Bertelsmann Stiftung

Durch Zufall, bei Vorbereitung eines Vortrags zu den Bamberger Hegelwochen, bin ich auf ein Zitat des Philosophen Karl Jaspers gestossen, der anlässlich der Entgegennahme des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1958, also zu Wirtschaftswunderzeiten, vor genau 50 Jahren, eine vielbeachtete Rede hielt, die sich unter anderem mit Blick auf die Zukunft der Wirtschaftsgesellschaft gegen die "Unwahrheit des gedankenlosen Optimismus" wandte, der damit rechne, "es werde mit der Expansion in grenzenlosem Fortschritt schon weitergehen". Nach Jasper's Worten baut der zu beobachtende "Prozess von Produzieren und Konsumieren. selbstständig geworden ... nicht mehr eine Welt, in der der Mensch zu Hause ist, lässt keine Dauer haltbarer Güter zu. ... Voraussetzung dieses Treibens wird ein Menschentypus, dessen Dasein sich verzehren lässt in diesen quantitativ zu steigernden Produzieren und Konsumieren, in einem Leben zwischen der träger werdenden Arbeitslust und der leer werdenden Freizeit, mit einem Selbstbewusstsein, das auf Prestige beruht, durch Anschaffungen und ständige Neuanschaffungen auf möglichst hoher Ebene dieses ständig zerstörenden Produktionsprozesses mitzuleben." - Jaspers stand mit diesen kritischen Worten damals keineswegs allein, und bis heute lässt sich diesem Zitat eine Legion ähnlicher an die Seite stellen, deren Autoren die Verselbstständigung des Prozesses von Produzieren und Konsumieren, die "Emanzipation der Ökonomie" nach Prof. Peter Meyer-Dom aus unterschiedlichsten Perspektiven kritisch betrachten.

Ich möchte stellvertretend nur Marion Gräfin Dönhoff anführen, die 4 Jahrzehnte später in ihrer bezeichnenden Aufsatzsammlung "zivilisiert den Kapitalismus" folgendes schreibt: "Wenn jeder soviel wie möglich produziert und konsumiert, dann ist angeblich für die Gemeinschaft das Optimum erreicht. Aber der Zwang der Gewinnmaximierung zerstört jede Solidarität und lässt ein Verantwortungsbewusstsein gar nicht erst aufkommen". und sie fährt fort: "Wenn jeder sich nur auf seine Leistung konzentriert und auf seinen Lustgewinn und die Verantwortung für das Gemeinwohl dem Staat überlässt, dann geht die Gemeinschaft vor die Hunde".

Wahrlich kritische Bemerkungen die gerade heute in einer Zeit wo eine weltweit grassierende Finanz-und Wirtschaftskrise unsere im Globalisierungsprozess engagierten Industriestaaten ins Wanken bringen, eine aktuelle Bedeutung erhalten.

Im Grunde genommen ist Globalisierung nichts Neues. Im Jahre 1900 war die Welt stärker globalisiert als heute. Damals beherrschten Kolonialreiche die Erde. Fast 25 Prozent des Globus wurden allein von London regiert. Die Franzosen regierten Indochina und einen grossen Teil Afrikas. Das russische Reich breitete sich über die eurasische Landmasse aus. Das Osmanische Reich dominiert noch den Nahen Osten und einen Teil des Balkans. Zentraleuropa gehörte dem österreich-ungarischen Reich. Auch Deutschland und Japan hatten ihre Kolonien. Amerika beherrschte Kuba und die

Philippinen, China war eine unter den Grossmächten aufgeteilte Quasi-Kolonie. Im Unterschied zu heute fast 200, gab es damals nur 50 unabhängige Länder und eine grosse Anzahl davon war nur scheinbar unabhängig. Die lateinamerikanischen Staaten mussten mit der Monroe-Doktrin leben und wurden, obwohl unabhängig, von den Vereinigten Staaten an der kurzen Leine geführt.

Aber der Prozess der Globalisierung wie wir sie heute erleben ist ein neues Phänomen, in dem Sinne dass die Intensität und die Reichweite grenzüberschreitende Interaktionsbeziehungen seien es ökonomische Transaktionen, kulturelle Austauschprozesse, oder internationale politische Abmachungen und Verträge in den meisten Industrieländern seit den 90er Jahren schubartig zugenommen haben.

An sich ist das Wort Globalisierung neu, kaum 20 Jahre alt. Vorher gab es das Wort in der heutigen Interpretation nicht. Nach Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker ist das Wort Globalisierung erst 1993 entstanden und zwar in der logischen Folge des Endes des Ost-West Gegensatzes. Ganz ähnlich sei es in anderen Weltssprachen gewesen.; im französischen sagt man mondialisation. Dieses Wort findet man vor 1993 selbst in der bekannten Tageszeitung "Le Monde" nicht. Im Englischen kommt das Wort "globalization" schon etwas früher vor, aber nicht in der Alltagssprache.

Die Frage der wir uns zu stellen haben ist doppelt: zuerst müssen wir uns fragen welche makrostrukturellen Entwicklungen hat der Globalisierungsprozess in den Industrieländern durchgesetzt und zweitens bleiben den Staaten in diesem Prozessvollzug noch geeignete Spielräume um eine spezifische Politikgestaltung durchzuführen oder, um das mir gestellte Thema zu beantworten, inwieweit kann noch national Staatliche Politik in einer globalisierten und interdependenten Welt eine Rolle spielen?

Zum ersten möchte ich das Zusammenwirken von 4 makrostrukturellen Entwicklungen aufzeichnen.

1. Die zunehmende Internationalisierung von Märkten und den damit verbundenen wachsenden Wettbewerb zwischen Ländern mit sehr unterschiedlichen Lohn- und Produktivitätsniveaus sowie verschiedenen Sozialstandards (insbesondere nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Integration asiatischer Länder in den Weltmarkt).
2. Die Verschärfung des Standortwettbewerbs zwischen Sozialstaaten, die zur Senkung von Unternehmenssteuern in vielen Ländern führt und zu zunehmender Neigung moderner Staaten zur Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung und damit zur Stärkung der Marktmechanismen.

3. Die rasche weltweite Vernetzung von Personen, Unternehmen, Staaten auf der Grundlage neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, was zu einer Beschleunigung von sozialen und wirtschaftlichen Interaktionsprozesse führt.

4. Der rasante Bedeutungszuwachs von weltweit vernetzten Märkten und die damit verbundene zunehmende Interdependenz und Volatilität lokaler Märkte die von sozialen, politischen und wirtschaftlichen externen Schocks und Ereignissen irgendwo auf der Welt (z.B. Kriege, ökonomische Krise, Verbrauchermoden usw.) immer stärker beeinträchtigt werden.

Sie wissen dass das Resultat dieses Globalisierungsprozesses unterschiedlich bewertet wird. Auf der einen Seite hat er zu Produktivitätszuwachs und zu einer Verbesserung des Lebensstandards in modernen Gesellschaften geführt; auf der anderen Seite hat er, bedingt durch die Schnelligkeit und die rapide Umstellung von sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen zu Unsicherheits- und sogar Angstgefühlen geführt. Ich werde dies heute nicht vertiefen.

Ich möchte nur auf zwei Gegebenheiten hinweisen die für mich für die Weiterentwicklung unserer modernen Gesellschaften von höchster Bedeutung sind und

die uns alle, und vor allen die Sozialforscher vor neue Herausforderungen stellen werden – das ist der brutale Einbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise die verheerende Auswirkungen hat und auch künftig auf unsere Gesamtausrichtung unser nationalen und internationalen Politik haben wird. Ich bin felsenfest davon überzeugt und ich wiege meine Worte ab, dass von der Weichenstellung in diesem Jahr und kommendem Jahr, 2009 und 2010, die Ausrichtung einer neuen Weltordnung bestimmt sein wird. Heute ergeben sich unsere Staats- und Regierungschefs in einem nicht zu übersehenden Aktionismus der aber nur ihre eigene Ratlosigkeit verbirgt. Hier liegt also ein grosses Bestätigungsfeld für Wissenschaftler und Politiker. Eines scheint mir klar zu sein: der Staat und damit die Politik wird in Zukunft mehr gefordert sein als in den vergangenen Jahrzehnten, wo die Globalisierungstendenzen sich stärker durchsetzen konnten. Das sog. Rheinische Modell der sozialen Marktwirtschaft wird einen höheren Stellenwert bekommen und sich als Alternative zum neo-liberalen Kapitalismus durchsetzen. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Eine weitere Entwicklung wird besonders im europäischen Raum – aber nicht nur hier – ihren Lauf nehmen, das ist die Emergenz der grenzüberschreitenden Grossregion. Ich bin naturgemäss ein begeisterter Anhänger und Verfechter der Entwicklung der Grossregionen im europäischen Raum die natürlich gefördert wird durch die Schaffung und Vertiefung des europäischen Binnenmarktes. Ich führe nur das Beispiel an, was

ich am besten kenne – natürlich die Grossregion Saar-Lor-Lux, die zusammengesetzt ist aus dem Saarland, Teile des Landes Rheinland-Pfalz (Trier + Eifelregion), die belgische Provinz Luxemburg, die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, das französische Lothringen und das Grossherzogtum Luxemburg – insgesamt eine Region von 11 Mio Einwohnern. Sie bildet eine kulturelle Einheit – ist z.Z. die Nachfolgerin von Lotharingen, das 843 in Verdun beim Aufteilen des Reiches von Karl dem Grossen an seinen Sohn Lothagin. Durch den europäischen Binnenmarkt, um ein Wort eines deutschen Politikers in einem anderen Kontext, aufzugreifen – “ wächst wieder zusammen was zusammengehört” und was leider durch die leidvolle Geschichte getrennt worden war. Nun, die Entwicklung meines Landes kann man nicht verstehen und ergründen ohne die Entwicklung dieser Grossregion miteinzubeziehen.

Z.B. Luxemburg Stadt hat eine Bevölkerung von 90.000 Menschen, die dort schlafen. Am Tag wird diese Zahl mehr als verdoppelt, durch über 145.000 Grenzgänger – wovon 50% aus Lothringen, 25% aus Belgien und Deutschland stammen. Wir haben in unserer Grossregion 11 Universitäten und eine grosse Anzahl von höheren Ausbildungsstätten. Luxemburg kulturell ist in diesem Verbund zu sehen usw. Was ich mit diesem Beispiel bezwecken will, ist dass alle Indikatoren – im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Bereich dieser Entwicklung Rechnung tragen müssen. Dasselbe

gilt für die andere grenzüberschreitenden europäischen Grossregionen – es gibt deren viele in Europa. Das Europa von morgen wird ein Europa der Grossregion werden.

Ohne dass dabei die Nationalstaaten politisch ausgehebelt werden. Soweit ich informiert bin hat sich auch Ihre Stiftung mit der Entwicklung der Grossregionen beschäftigt insbezug. auf die nachhaltige Auswirkung auf die Indikatoren. Ich komme jetzt zum 2. Teil meines Vortrags, der die Rolle des Staates oder der Staaten im Globalisierungsprozess betrifft.

Es scheint mir auferlegt, dass die Rolle des Staates oder der Staaten sich ändert, wenn die Welt zusammenwächst.

Der belgische Ökonom Riccardo Petrella und seine Gruppe von Lissabon nehmen an (und ich zitiere): « Der Prozess der Globalisierung ist der Anfang vom Ende der nationalen Systeme als bisherigen Höhepunkt der Organisation von menschlichen Aktivitäten und Strategien. » Diese Aussage beruht auf der Beobachtung, dass die Expansion wirtschaftlicher Globalisierung auf der Ebene der Finanzen und Unternehmen die nationalstaatlichen Institutionen zunehmend überfordert und das Fehlen institutionalisierten Formen sozial verantwortlich und demokratisch kontrollierter politischer Macht auf globaler Ebene die fundamentale Schwäche der heutigen Welt

ist. In der Tat, die Zahl politischer Mandatsträger in dem letzten Jahrzehnt ist gewachsen, die einräumen, dass dadurch in beträchtlichem Masse die Möglichkeit fehlt, wirtschaftlich, sozial und politische Entwicklungen und Ereignisse auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene politisch zu steuern. Während die ökonomische Globalisierung von konkurrierenden Kräften bestimmt wird, die ihren Einfluss und ihre Profite maximieren wollen, bleibt dagegen die " ich zitiere die Gruppe von Lissabon " – die Globalisierung sozialer und humanitärer Angelegenheiten von den vergleichsweise schwachen Netzwerken engagierter Gruppen und Nichtregierungsorganisationen sowie einer wohlmeinenden Minderheit aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik abhängig. Nach Karl Otto Apel gibt es keine Weltinnenpolitik und diese Globalisierung zweiter Ordnung auf dem Wege über internationale Verträge und Abkommen und die Übertragung von Souveränitätsrechten auf internationale Organisationen vollzieht sich in nur kleinen Schritten und gegen grosse Widerstände.

Auch wenn die Entwicklung die nationalen Grenzen gesprengt hat, lässt sich daraus nicht schliessen, dass die Nationalstaaten keine oder nur noch eine bescheidene Rolle im Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung spielen. Viel mehr waren sie immer bemüht, ihre eigene und die Wettbewerbfähigkeit ihrer Unternehmen zu fördern, woraus sich Imperative für den Primat der Ökonomie entwickeln.

Unternehmen können sich in ihrer Globalisierungsstrategie der Unterstützung des Staates auf vielfältige Weise versichern. Sie erfolgt z.B. über:

- eine öffentliche Infrastrukturfinanzierung im weitesten Sinne z.B. Grundlagenforschung, Bildungsfinanzierung usw.
- Steueranreize für Investitionen
- öffentliche Aufträge
- Unterstützung für lokale Unternehmen bei ihren Aktivitäten.

Die Staaten haben ein direktes Interesse an einer Investition zugunster ihrer "nationalen" Unternehmen, denn sie wollen dadurch die Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder sichern - und damit ihre eigene Legitimationsgrundlage. Es hat sich so eine neue Allianz gebildet, die sich wie folgt umreißen lässt:

"Unternehmen brauchen lokale, nationale Staaten, um auf die Globalisierung reagieren und sich selbst globalisieren zu können. Die Staaten brauchen globale Unternehmen um ihre Legitimation und ihre Existenz weiterhin zu sichern".

Daraus entsteht natürlicherweise der Zwang zu einer internationalen Wettbewerbsfähigkeit, der unweigerlich zum Abbau sozialstaatlicher Elemente führt,

also zu tiefgreifenden Folgen für das Soziale. Dies wird begleitet von einer stark durch Strukturwandel und Produktivitätssteigerung verursachten Arbeitslosigkeit, der grosse sozialen Frage dieses Jahrzehnts.

Aber erleben wir nicht zur Zeit, bedingt durch die Folgen der weltweiten – also globalen Finanz- und Wirtschaftskrise eine grundlegende Wandlung des Wirtschaftsgebahrens? Wenn man bis jetzt noch die Frage stellen konnte: “Wie viel Regulierung verträgt der freie Markt?” so wird heute die Frage zu formulieren sein: “Wieviel Regulierung braucht der freie Markt?” Diese neue Fragestellung hat natürlich beachtliche Folgen für die Regierungsverantwortung in den industrialisierten Ländern. Mich hat folgende Aussage des polnischen Papstes Joh. Paul II beeindruckt, der in seiner Encyclika Centesimus Annus die 1991 erschien, also 2 Jahre nach dem Fall der Mauer: “Kann man etwa sagen, dass nach dem Scheitern des Kommunismus der Kapitalismus das siegreiche Gesellschaftssystem sei und dass er das Ziel der Anstrengungen der Länder ist, die ihre Wirtschaft und ihre Gesellschaft neu aufzubauen versuchen?”

Diese Fragestellung ist selbstverständlich suggestiv. Und in der Tat, heute nach fast 20 Jahren vom sog. Neo-Liberalismus, der den Zugriff des Staates auf das Funktionieren des Marktes als unbotmässige Einmischung in die freie Marktwirtschaft ansah und zu überzogenen Deregulierungswellen geführt hat, besinnt man sich heute wieder auf die Grundelemente der sog. Sozialen Marktwirtschaft, so wie sie übrigens als Zielsetzung

in dem Lissabonner Vertragswerk formuliert ist und gemäss Alfred Müller-Armack “das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs verbindet.”

In meiner politischen und gesellschaftlichen Verantwortung war ich stets darauf bedacht die zwei Seiten der Medaille zu vereinen. Solidarität und Subsidiarität – hie und da sogar gegen den Strom der gängigen neoliberalen Auffassungen. Heute erkennt man wieder die Notwendigkeit eines starken Staates. Vor kurzem hat J. Cl. Juncker , mein Nachfolger im Amte des PM, hier in Berlin bei der Allianz-Kulturstiftung, etwas pointiert, übertrieben formuliert: (ich zitiere ihn): “Heute ist der Staat wieder schick, ... heute darf man wieder sagen, dass es so etwas wie Regierungen gibt. Die Wall Street ist so etwas wie der neue Sitz des Komintern geworden und man geniert sich nicht, auch im angelsächsischen Raum, über Dinge zu reden, die vorher im Bereich der obzönen Ausdrücke untergebracht wurden (Ende des Zitats).”

Nach meiner Auffassung muss die Konzeption des Dualismus von Staat und Gesellschaft stärker zum Ausdruck kommen. Die Solidargemeinschaft wird wieder in den Vordergrund treten, niemand sollte ausgegrenzt werden, nicht die Alten, nicht die Kranken, nicht die Arbeitslosen, nicht die Kinder, nicht die Familien und nicht die nachfolgenden Generationen.

Gleichzeitig soll der Staat im Sinne des Subsidiaritätsprinzips dem Einzelnen, den gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen einen grossen Freiraum geben, deren Selbstbestimmungsrecht nicht beschneiden und Eigenverantwortung einfordern.

Dieser erst im Ansatz begriffener Prozess – ich erinnere mich an die Multiplikation der Gipfel der Staats- und Regierungschefs sei es in G7, oder G20 oder G27 Format – wird die markanten Unterschiede moderner Länder in ihren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Institutionen wieder stärken, unterstreichen anstatt sie einebnen. Länderspezifische Machtverhältnisse zwischen Interessengruppen, kulturelle Traditionen, herrschende politische Ideologien und gesellschaftlichen Leitbilder darüber wie die Basisinstitutionen im Staat und Wirtschaft aussehen soll, werden Ausschlag gebend sein. Zieht nicht schon das Gespenst des Protektionismus am Horizont wieder auf?

Regionen und Nationen, die sich in einem spezifischen historischen Kontext aufgrund ihrer Institutionen ökonomisch erfolgreich – z.B. gemessen am Pro Kopf-Einkommen, an niedriger Arbeitslosigkeit usw. entwickeln konnten, beträchtliche Schwierigkeiten (z.B. in Form steigender Jugendarbeitslosigkeit, wachsender Disparitäten, sinkenden Durchschnittseinkommen usw.) bekommen können, wenn sich dieser Kontext im Zuge der allgemein Globalisierungskrise rasch und allzu nachhaltig, verändert. Neue

Regionen oder Nationen werden einen ökonomischen Aufstieg erleben, früher erfolgreiche Alten zum Abstieg verurteilt.

Für die einzelnen Nationalstaaten muss man also von eigenständigen Entwicklungslogiken im Globalisierungsprozess ausgehen. Die Nationalstaaten können aber nicht als isolierte Entitäten betrachtet werden, sondern als Komponenten grösserer sich herausbildender internationaler Systeme, die über Weltmärkte, technologische Diffusionsprozesse, politische Vernetzung sowie Informations- und Kommunikationssysteme in einen immer intensiveren Austausch treten. Im Hinblick auf diesen Austausch zeigt sich, dass die Globalisierungsprozess zwar die räumlichen Unsicherheiten vermindert, dabei aber gleichzeitig die zeitbezogenen Unwägbarkeiten enorm vergrössert.

Ich kann deshalb die Formulierung des Themas der heutigen Konferenz anlässlich der Vorstellung der SGI – der Sustainable Governance Indicators – nur begrüßen: “Die Rückkehr des Staates im Zeichen globaler Herausforderungen.” Dies gilt selbstverständlich auch und besonders für den Klimawandel-Thema das ich nicht angeschnitten und bearbeitet habe.

Dies scheint mir der richtige Ansatzpunkt in der heutigen globalen Krise zu sein. Erleben wir nicht heute, dass die Wirtschaft in manchen Bereichen nicht mehr, wie es sein sollte, der Lebenswelt dient, sondern dass, um sinngemäss ein Wort des Philosophen Jürgen Habermas zu übernehmen, die Imperative der Ökonomie zunehmend die Lebenswelt kolonisieren.

Hier ist es die Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen neu zu justifyieren.

Ich kann nur dem zustimmen, was Ihre Stiftung hierzu schreibt. Ich zitiere aus den mir freundlicherweise zugeleiteten Unterlagen, allerdings auf englisch.

“The financial market crisis that unfolds as we write has dramatically demonstrated the extent to which global financial relations and open markets have altered the steering capacity of government policy. In a globalizing world, OECD nations find themselves exposed to rapidly intensifying competition on the basis of institutional efficiency and effectiveness, with their activities subjected to a rigorous test that rewards the most effective solutions and highlights specific weaknesses. This does not mean that globalization has succeeded in shaping all fields of politics and religions in a quasi-deterministic, universally valid manner, or that globalization deprives national governments of the freedom to choose solutions in accordance with their own political and social welfare traditions. It does mean, however, that providing for public services

as well as maintaining constitutional democracy and a market economy ruddered by sociopolitical concerns will, all in all, require continual adjustments. Reforms are therefore indispensable – but which ones?”

Das ist die Gretchenfrage. Vor diesem Hintergrund haben Sie mit der SGI's einen Werkzeugkasten entwickelt, dessen Instrumente es erlauben, die Staaten der OECD hinsichtlich ihrer Zukunftsfähigkeit miteinander zu vergleichen nach der von Ihnen dargelegten These. Je ausgeprägter die Reformfähigkeit einer Regierung, desto wahrscheinlicher ist eine Verringerung des Reformbedarfs. Ich zitiere aus der Information zur Vorbereitung der Paneldiskussion der ich jedenfalls nicht vorgreifen möchte: “Die Fähigkeit eines Staates, effektiv Reformen umzusetzen, hängt wiederum stark von den strukturellen Bedingungen seiner Regierung ab: Indem diese ihr Handeln kontinuierlich den sich verändernden Rahmenbedingungen anpasst, sichert sie die Bereitstellung öffentlicher Leistungen sowie den Erhalt rechtsstaatlicher Demokratie und sozial verantwortlicher Marktwirtschaft. Nationales Regieren macht laut dieser Hypothese also einen Unterschied in Bezug auf die Zukunftsfähigkeit eines Landes.”

Erlauben Sie mir, als Europapolitiker und aus meinen früheren Funktionen eine letzte Bemerkung.

In einer globalisierten Welt, in der politische und wirtschaftliche Turbulenzen entgrenzt sind und damit zur Angelegenheit der ganzen internationalen Gemeinschaft werden, ist es eine moralische Forderung nach globaler Solidarität. Leider sind die Institutionen auf Weltebene bei weitem noch nicht stark genug, um diese politische Aufgabe zu erfüllen. Und in vielen Staaten gibt es auch erhebliche Widerstände gegen eine Stärkung der internationalen Organisationen, weil man einen Verlust an Souveränität, an eigenen Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit befürchtet. Es scheint mir, dass es eine besondere Aufgabe von uns Europäern wäre, der Welt zu zeigen, dass eine solche Ordnung keine blosse Utopie, sondern eine reale Möglichkeit ist. Schliesslich haben wir erreicht, dass wir in der EU, die längste Periode des Friedens in unserer Geschichte geniessen. Wenige sogar unserer Generation sind sich bewusst dass wir seit dem letzten Jahrzehnt die Vereinigung unseres Kontinents in Frieden und Freiheit erzielt haben, und dies zum ersten Mal seit dem 15. Jahrhundert. Auf diesen Erfolgen – Lorbeeren wäre zuviel gesagt – darf Europa sich nicht ausruhen. Daraus erwächst eine neue Verantwortung und vor allen eine Verpflichtung gegenüber denjenigen, die ihr Leben in Unfreiheit und Armut fristen.

Ähnlich der nationalstaatlichen Rahmenverordnung und den noch weiter zu entwickelnden europäischen Institutionen brauchen wir heute weltweite Regelungen, ich möchte sagen: wir brauchen eine globale soziale Marktwirtschaft. Dazu gehören

Welthandelsbedingungen, eine neue Rahmenordnung für den internationalen Finanz- und Kapitalmarkt, die Garantie von Mindestsockeln von Arbeitnehmerrechten und vieles mehr. Solidarität kann sich nicht nur auf die nationale Gemeinschaft beschränken. Sie muss jedem Menschen eine gerechte Teilhabe an den wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Werten eröffnen. Ich hoffe, dass die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise diese Erkenntnis zum Durchbruch bringen wird. Wir stehen vor einer wirklich epochalen Aufgabe die besonders Europa herausfordert.

In diesem Sinn sind die SGI, die auf tiefen wissenschaftlichen Untersuchungen gründen, eine wesentliche Hilfsleistung für alle Entscheidungsträger in unserer modernen wissensbasierter Gesellschaft. Dadurch dass sie den Reformbedarf nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachten, sondern auch Themen wie Bildung, Umwelt, soziale Angelegenheiten bis hin zur Sicherheit einschliessen, sind sie nicht nur ein Messinstrument das sich aus vielen Indikatoren zusammensetzt, sondern darüber hinaus ein wertvoller Leitfaden für Politiker und die zivile Gesellschaft. Wenn ich einen persönlichen Wunsch aussprechen könnte, wäre dass vielleicht zukünftige Generationen erreichen, dass die Indikatoren, die SGI's, nicht auf nationale Staaten angelegt werden, sondern auf die EU als solche, als politische, wirtschaftliche soziale Kraft in einer multipolaren globalisierten Welt.

Ich wünsche Ihrer Veranstaltung einen grossen Erfolg und erwarte dass die SGI's bei den Entscheidungsträgern die Beachtung finden, die Sie zu Recht verdienen.